Anstoß

AUGUST 2023
26.Jahrgang ZEITUNG DER LINKEN IN DER REGION SAALFELD-RUDOLSTADT

WAS ES BISHER NICHT GEGEBEN HAT, IST, DASS DIE EUROPÄISCHE UNION ALS GESAMTHEIT EINE FRIEDENSINITIATIVE GESTARTET HAT UND DAS IST, WAS FEHLT. UND DAS IST EIN PUNKT, WO DEUTSCHLAND VORREITER SEIN KÖNNTE, UM EIN GROSSES BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN ZU SCHLIESSEN UND VIELLEICHT DA AUCH MIT LÄNDERN WIE CHINA ZUSAMMENZUARBEITEN, UM DEN NÖTIGEN DRUCK AUF RUSSLAND AUSZUÜBEN.

TOBIAS BANK, BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER DER LINKEN AM 14.08.2023 WÄHREND EINER PRESSEKONFERENZ AUF DIE FRAGE, WIE SICH DIE LINKE. BEI ALLER ABLEHNUNG VON WAFFENEXPORTEN EIN DIPLOMATISCHES ENDE DES KRIEGES IN DER UKRAINE VORSTELLT

Foto: Tom P.

Foto: L.Haase

HÄRTEFALLFONDS FÜR NICHTLEITUNGSGEBUNDENE ENERGIETRÄGER

BERATUNG UND HILFE DURCH DAS HASKALA

Wir alle haben die aktuelle Explosion der Heizkosten, besonders ab 2022, erlebt und sind von den erheblichen Mehrbelastungen betroffen. Viele Menschen sind kaum noch in der Lage, aus ihrem Einkommen oder von ihrer Rente diese Kosten zu tragen, zumal nicht nur die Energiepreise zu einer inflationären Entwicklung der Lebenshaltungskosten führen.

Für die Privathaushalte wurden die Erdgaspreise zum Heizen gedeckelt und rückwirkend für das Jahr 2022 eine staatliche Regelung getroffen, die letztendlich zu einer Stützung dieser Kosten für die Verbraucher_innen führte. Doch sehr schnell stellte sich die Frage, was ist mit denen, die nicht mit Erdgas heizen, aber bei den von ihnen genutzten Energieträgern ebenfalls von den zu stemmenden Preissteigerungen betroffen sind? DIE LINKE drängte dabei auf eine sozial gerechte Lösung auch für diese Menschen.

Der Bund stellte den Bundesländern in einem Härtefallfonds 1,8 Mrd. Euro bereit und legte die notwendigen Referenzwerte dafür fest. Thüringen hat sich einem Länderverbund von 13 Ländern für eine gemeinsame Antragsplattform angeschlossen. Seit dem 08.05.2023 und noch bis zum 20.10.2023 sind Antragstellungen möglich, um aus diesem Fonds Geld zu erhalten. Für den Nachweis der Antragsberechtigung sind gegenwärtig Rechnungen aus dem Jahr 2022 vorzulegen. Für das Jahr 2023 und die ersten Heizmonate 2024 gibt es noch keine verbindlichen Regelungen der Bundesregierung, nur Ankündigungen, darüber nachdenken zu wollen. Daher sei es dringend empfohlen, auch diese Rechnungen und die Zahlungsnachweise aufzuheben.

Doch welche Energieträger sind diese „nicht leitungsgebundenen Energieträger“ eigentlich?

Dabei handelt es sich um Heizstoffe, die nicht über fest installierte Leitungssysteme dem Haushalt kontinuierlich zugeführt werden, dazu zählen Heizöl, Flüssiggas, Holzpellets, Holzhackschnitzel, Holzbriketts, Scheitholz, Kohle und Koks.

Den Antrag auf Härtefallhilfe für Privathaushalte muss derjenige stellen, der die Heizung in einem Wohngebäude betreibt. Das sind oftmals die Eigentümer eines selbst bewohnten Gebäudes. Bei Mietshäusern ist das in der Regel der Vermieter, aber auch diesen kann man ja fragen, ob er eine Antragstellung vorgenommen hat. Wenn der Mieter z.B. eine eigene Kohleheizung oder andere Heizungsart betreibt, deren Heizmedien er ausschließlich für die Eigennutzung selbst kauft und nutzt, dann muss er selbst einen Antrag stellen. Eigentümergemeinschaften einer gemeinsam genutzten Heizung müssen diesen Antrag gemeinschaftlich stellen.

Doch wie stelle ich fest, ob ich überhaupt antragsberechtigt bin, um Zahlungen aus dem Härtefallfonds zu erhalten? Dafür sind Referenzwerte für die einzelnen Heizmedien festgelegt, die auf mittleren Jahrespreisen 2021, also vor den gravierenden Preiserhöhungen, beruhen. Diese Preise werden für Antragsberechtigung im Basisjahr 2022 verdoppelt. Der übersteigende Betrag wird zu 80 % pro Haushalt aus dem Härtefallfonds erstattet, wenn er über der Bagatellgrenze von 100 Euro und unter 2.000 Euro als Obergrenze liegt.

DIE REFERENZWERTE 2021 (INKL. UST.):

Heizöl: 0,71 €/l
Flüssiggas: 0,57 €/l
Holzpellets: 0,24 €/kg
Holzhackschnitzel: 0,11 €/kg
Holzbriketts: 0,28 €/kg
Scheitholz: 85,00 €/Raummeter
Kohle/Koks: 0,36 €/kg

Um es an einem Beispiel konkret zu machen:

Ein Haushalt kauft im Jahr 2022 Heizöl. Für 3.000 Liter zahlte er 4.833,00 € (inkl. USt.). Das sind 1,60 €/l. Der Referenzwert 2021 liegt bei 0,71 €/l (inkl. Ust.), das sind – verdoppelt für das Rechnungsjahr 2022 – 1,42 €/l. Damit hat er 0,18 €/l mehr bezahlt. Für die gekauften 3.000 Liter ergibt sich also aus den übersteigenden Mehrkosten ein Betrag von 540,00 €. Von diesem Betrag erhält er nach Antragstellung 80 % aus dem Härtefallfonds erstattet. Das sind 432,00 €.

Grundsätzlich war eine online-Antragstellung für Härtefallerstattungen vorgesehen bzw. durch einen Vorabanruf bei der Antragsplattform, bei dem der Anspruch geprüft wird, und nachfolgend die Papierformulare als Ausnahmefall zugesendet werden. Viele, vor allem ältere Menschen, haben selbst keinen Zugang zum Internet oder nicht die Routine, mit einer solchen Antragstellung umzugehen.

Die Landtagsfraktion DIE LINKE in Thüringen erkannte dieses Problem und bemühte sich erfolgreich um einen ausdruckbaren Papierantrag, der so diesen Menschen hilft und in den Wahlkreisbüros, auch im Haskala, zur Verfügung gestellt werden kann.

Katharina, wir vom Haskala-Team und einige junge Genossen waren der Meinung, die Härtefallhilfe als eine soziale Komponente Linker Hilfe umfassend unterstützen zu wollen. Und so gab es eine beachtliche Resonanz auf Katharinas Pressemitteilung in der OTZ über dieses Hilfeangebot. Unmittelbar danach ging eine Vielzahl von Hilfewünschen im Haskala ein. Am 5. Juni fand in Saalfeld ein Infostand zu linker Sozial- und Landespolitik statt, an dem auch über die Härtefallhilfe informiert wurde und die entsprechenden Anträge verteilt wurden. Im Donnerstagstreff Juni wurde ebenfalls zum Thema informiert (Anstoß berichtete).

Inzwischen gab es schon annähernd einhundert direkte Anfragen zur Härtefallhilfe Heizkosten beim Haskala. Diese reichten von einer telefonischen Beratung, dem Wunsch der Zusendung von Antragsformularen bis zur Prüfung des Berechtigungsanspruches oder der Ausfüllhilfe von Antragsformularen direkt im Wahlkreisbüro. In vielen Fällen konnten wir auch eine Anspruchsberechtigung vorab errechnen. Immer reagierten die Antragsteller_innen dankbar.

Für die Anträge werden Kopien der Rechnung des Lieferanten, der Zahlungsnachweis und die Feuerstättenschau des Schornsteinfegers sowie eine Angabe zur beheizten Wohnfläche und einige persönliche Angaben benötigt. Es sind keine Angaben zu Vermögens- und Einkommensverhältnissen erforderlich, die auch für die Antragsberechtigung keine Rolle spielen. Der Antrag selbst umfasst sechs Seiten und eine weitere zweiseitige Erklärung des Antragsstellenden, die beide verständlich formuliert sind.

Auch nach der Sommerpause hält der Beratungs- und Hilfewunsch aus dem Gebiet des gesamten Landkreises an. Mit einer geplanten Flyer-Aktion wollen wir noch mehr Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch im ländlichen Raum erreichen, die ihre Heizungen oftmals mit den förderfähigen Heizstoffen betreiben.

Zu den Öffnungszeiten des Haskala (siehe letzte Seite!) sind wir für euch, eure Freunde, Nachbarn, Bekannten und alle Bürgerinnen und Bürger telefonisch und vor Ort im Büro in der Saalstraße erreichbar. Kommt also auch gern persönlich vorbei, wir freuen uns auf euch und helfen gern.

Lothar aus dem Haskala

NEUES AUS DEM KREIS-VOR-STAND

In seiner Beratung am 17. Juli 2023 hat sich der Kreisvorstand unter anderem mit der langfristigen Planung der Wahlkämpfe im nächsten Jahr und der politischen Öffentlichkeitsarbeit für die zweite Hälfte dieses Jahres befasst.

Leon hat zu diesem Zweck ein umfassendes Konzept vorgestellt, welches der Kreisvorstand unterstützen möchte. Darin sind unter anderem noch in diesem Jahr stattfindende Infostände und interne wie externe Beteiligungsveranstaltungen vorgesehen. Die Umsetzung des Konzepts hat der Kreisvorstand einer Arbeitsgruppe übertragen.

Im Zusammenhang mit dem Bericht aus dem Landesvorstand gab es auch eine kurze Diskussion über Themen des kommenden Landesparteitages.

Weiterhin waren die Überarbeitung der Webseite des Kreisverbandes (die zum Erscheinen dieses Artikels bereits im Gange und vielleicht sogar abgeschlossen ist) und Konzepte für eine Sommerveranstaltung des Kreisverbandes Thema der Beratung. Tipps und Hinweise zur Webseite könnt ihr gern an die Geschäftsstelle, aber auch an Birgit oder Leon übermitteln.

An der Sitzung haben sich auch einige Gäste sehr rege beteiligt. Gäste sind zu unseren Beratungen immer gern gesehen oder zumindest gehört, denn der Kreisvorstand tagt nach wie vor hybrid. Ein Telefon ist also für die Teilnahme völlig ausreichend. Macht mit, liebe Genossinnen und Genossen!

Paul Kurtzke

WAHLKAMPF-START UND SOMMERFEST

Sa 2. Sep 2023 • ab 11 Uhr

Kreisgeschäftsstelle im Haskala Saalstraße 38, 07318 Saalfeld

11:00 Uhr: Begrüßung, Vorstellung der Wahlkampf-Strategie – mit Unterstützung durch den Genossen Rainer Benecke aus Hamburg

ca. 13:00 Uhr: Mittagspause

13:30 Uhr: Probeaktion als Start in den Vorwahlkampf

anschließend: Gemeinsame Gespräche ohne Tagesordnung und Moderation

ab 16:00 Uhr: Der Rost brennt!

Interessierte sind herzlich willkommen. Um die Verpflegung für den gemeinsamen Ausklang des Tages planen zu können, bitten wir um eine Rückmeldung bis 1. September an Leon Schwalbe (telefonisch: 03671/54 86 22 oder per Mail: leon.schwalbe@dielinke-slfru.de).

Wir nehmen Abschied
von unserem Genossen

Werner Dietsch

27.07.1936 - 07.07.2023

Wir werden sein
Andenken in Ehren halten.

Die Mitglieder des
Stadtverbandes Rudolstadt

DIE PARTEI RETTEN

VIER MINDEST-BEDINGUNGEN

Erklärung der Kommunistischen Plattform

1. Wir unterstützen den Vorschlag von Sören Pellmann, einen Parteikonvent – wenn irgend möglich in Präsenz – einzuberufen. Dies ist vielleicht die letzte Möglichkeit, dass sich der Parteivorstand und die Unterstützer von Sahra, die unbedingt am Konvent teilnehmen sollte, aufeinander zubewegen. Illusionär, werden jetzt viele sagen. Wir halten uns an Che Guevara: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche“.

2. Wir bitten die Basis der Partei um Unterstützung unserer Erklärung „Die Partei retten – vier Mindestbedingungen“. Bitte wendet Euch an Parteivorstand und Fraktion. Wir möchten es offen sagen: Es geht nicht um neue Texte. Es geht um schnelle und möglichst breite Reaktionen.

3. Wir hielten es für falsch, würden Bundestagsabgeordnete unserer Partei die Fraktion verlassen. Weder halten wir etwas von der Aufforderung des Parteivorstandes an Sahra, ihr Mandat zurückzugeben, solange sie Mitglied der LINKEN ist; noch hielten wir es für verantwortbar, die LINKEN-Fraktion durch Austritte zu liquidieren.

4. Würden insbesondere auf der Vertreter_innenversammlung Mitte November zu wählende Kandidatinnen oder Kandidaten für das EU-Parlament – wann und wie auch immer – Forderungen nach Waffenlieferungen in die Ukraine erheben und/oder für eine Pro-NATO-Position plädieren, so beschleunigte dies massiv die Zerstörung unserer Partei.

Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE,

Berlin, 10. August 2023

KOMMUNALPOLITIK ANDERS

Im Februar dieses Jahres, also bereits vor etwa sechs Monaten, machte sich morgens vom Saalfelder Bahnhof eine Gruppe von Genoss_innen mit dem Zug auf in Richtung Österreich. Die Anreise wurde genutzt, um sich mit der Gruppe vertraut zu machen, denn manche hatten sich erst auf diesem kühlen Bahnhof unserer Kreisstadt kennengelernt. Schnell freundete man sich an und es ging mit dem Zug stetig nach Süden.

Wieso nach Graz fahren – natürlich eine beschauliche Stadt – aber da steckt sicher noch mehr dahinter? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung förderte diese Reise, die sich damit beschäftigen sollte, wie die Kommunistische Partei Österreichs in Graz an Halt und nun auch Wahlen immer mehr gewinnen konnte, mittlerweile stellt die KPÖ sogar die Bürgermeisterin.

Das Programm dort war dann auch üppig und abwechslungsreich. Verschiedenste Programmpunkte brachten uns die Stadt näher. Um nicht einfach einen starren Reisebericht runterzubrechen, möchte ich zwar kurz Programmpunkte auflisten, aber euch mit genauen Abläufen und Randinformationen verschonen. So gab es eine sehr interessante Stadtführung, einen kurzen Besuch der Gemeinderatssitzung von Graz (bei uns hieße es Stadtratssitzung) und der KPÖ im Rathaus sowie der Parteizentrale der KPÖ von Graz. Darüber hinaus sprachen wir auch mit lokalen Antifaschist_innen über ihr Verhältnis zur KPÖ und fragten auch sonst Menschen, wie sie zur KPÖ stehen. An einem Tag verließen wir dann Graz und machten uns auf nach Knittelfeld, etwas kleiner und ländlicher als Saalfeld, aber doch ein relativ guter Vergleich. Dort sprachen wir dann mit der lokalen KPÖ und bekamen auch einen kurzen Rundgang durch diese beschauliche Eisenbahnerstadt.

Viel spannender als Orte und Zeiten sind aber der politische Alltag und die politische Arbeit. So ist die Kommunalpolitik in Graz, die ja durch die Landesebene keine Unterstützung erwarten kann, geprägt durch konkrete Verbesserungen. Es beginnt alles damit, dass es einen maximalen Verdienst in der Partei gibt. So behält eine hauptamtliche Mandatsträger_in maximal knapp 2.000 € für sich selbst und auch die Ehrenamtlichen spenden von ihren „Aufwandsentschädigungen“ fleißig. Das Geld geht dann aber nicht in die direkte politische Arbeit der Partei, sondern in direkte Hilfe. Das Konzept ist, so platt es klingt, dass man mit seinem Problem bei der KPÖ anruft oder vorbeigeht, es schildert und dann Geld bekommt. So können beispielsweise kleinere Geldprobleme armer Familien direkt überbrückt werden. Dafür ist eine Hotline, der Mieternotruf, eingerichtet. Direkte Unterstützung mit Geld ist aber oft gar nicht nötig, so hilft der Mieternotruf auch bei anderen Problemen, von Antragsstellung bis hin zu Rechtsberatung bei Problemen mit dem Vermieter. All das führt dazu, dass bei Problemen in Graz oft die KPÖ als erste Ansprechpartnerin genannt wird. Darüber hinaus profitiert die KPÖ davon, dass ihr Parteihaus in Graz auch der Partei gehört; Büros, aber auch ein großer Saal ermöglichen geordnete Arbeit und einen Ort für größere Veranstaltungen, der weder teuer gemietet noch aufwendig mit Terminen anderer abgeklärt werden muss. Außerdem bietet das sogenannte „Volkshaus“ in Graz anderen Vereinen Unterschlupf und die logistische Möglichkeit, regelmäßig gespendete Tiernahrung an Grazer_innen abzugeben, die sich teilweise sonst ihre Haustiere nicht mehr leisten könnten.

Noch ein wenig zur Außenwirkung der Partei: Die KPÖ ist in der Stadt stark verwurzelt und mit ihr auch die Bürgermeisterin Elke Kahr. Die Partei ist in Graz mit erfolgreicher Wohnungspolitik groß geworden und hat sich schon immer konkreten Verbesserungen verschrieben. Was und wie das Leben aller durch die KPÖ verbessert wird, findet sich in Graz – aber auch im kleinen Knittelfeld – in einer regelmäßig erscheinenden Zeitung, die kommunale Erfolge und Standpunkte an die Bürger_innen weitergibt. Jeder Haushalt bekommt die Zeitung und dafür ist diese auch gemacht. Die KPÖ hat es anscheinend geschafft, große Teile der Bevölkerung von ihrem Weg zu überzeugen und den Menschen zu helfen.

Louis von ['solid]

DIE FRAKTION RECHNET AB

NACHRICHTEN AUS DEM KREISTAG

Man will es kaum glauben, aber der Kreistag ist schon im letzten Jahr seiner fünfjährigen Wahlperiode. Im März 2019 hatte die Mitgliederversammlung unseres Kreisverbandes das Kommunalwahlprogramm beschlossen.

Die Präambel lautete: „Wir alle, die wir in unserem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zu Hause sind, möchten nicht nur eine preiswerte Wohnung, einen sicheren Arbeitsplatz oder eine auskömmliche Rente. Wir wollen auch gut ausgestattete Schulen und Kindergärten für unsere Kinder und Enkelkinder. Wir alle wünschen uns gute medizinische Versorgung vor Ort, Kulturgenuss und Sportmöglichkeiten, und natürlich wollen wir uns auch mit Bus, Bahn oder Rad überallhin bewegen können. Zudem erwarten wir sauberes Wasser, eine sichere, umweltfreundliche, bezahlbare Energieversorgung, und selbstverständlich wollen wir an das Mobilfunknetz und das Internet angebunden sein. Es geht um unsere Lebensqualität, und es geht um soziale Gerechtigkeit in den Städten und Dörfern unseres Landkreises. Kein Mensch darf vom Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein.

Wir, die Bewerberinnen und Bewerber der offenen Liste des Kreisverbandes DIE LINKE. Saalfeld-Rudolstadt, setzen uns für ein friedliches, demokratisches und weltoffenes Zusammenleben im Landkreis ein. Im Sinne der Erklärung für Toleranz und Zivilcourage des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt treten wir mit aller Entschiedenheit rassistischer und antisemitischer Diskriminierung, Rechtspopulismus und Neofaschismus entgegen. Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und für die soziale und kulturelle Teilhabe von Geflüchteten und Asylbewerbern engagieren.“

Die Fraktion berichtet im „Anstoß“ regelmäßig über ihre Arbeit. Die sitzungsfreie Sommerpause soll Anlass sein, anstelle des üblichen Berichts aus dem Kreistag einmal den Blick auf den Erfüllungsstand der in 6 Kapiteln formulierten 43 Ziele des Wahlprogramms zu richten. Wir können zumindest feststellen, dass wir im Verlaufe der Wahlperiode zu allen Zielen darüber beraten haben, ob und wie wir auf deren Erfüllung hinwirken können. Mehrere Ziele hatten wir in Beschlussanträge übersetzt, die nach entsprechenden Vorberatungen in Ausschüssen und mit Betroffenen entweder beschlossen oder abgelehnt wurden. Ebenso lief es mit Anträgen, die von Landrat oder Fraktionen eingebracht wurden und unsere Ziele enthielten. Beschlossen wurden:

- Öffentliche Beratungen nicht nur der beschließenden, sondern auch der vorberatenden Ausschüsse
- Sozial gerechtes Abfall-Gebührensystem – degressive Gebührenstaffelung und Erstattung der Festgebühr für kinderreiche Familien
- Wiedererrichtung der Linkenmühlenbrücke als Fuß-, Rad- und Kfz-Brücke – wird derzeit nicht erfüllt. Entgegen der Zusage von Ministerpräsident Bodo Ramelow am 12.10.19 im Bürgerforum Bad Blankenburg sieht das Land derzeit keine Möglichkeit mehr, den Bau der Linkenmühlenbrücke einschließlich der Anschlussstraßen maßgeblich mitzufinanzieren, weil für das Projekt mit ca. 25 Mio. € Baukosten ein volkswirtschaftlicher Nutzen nicht gegeben sei.
- Schaffung einer Mitarbeiterstelle zur Koordinierung der Klimaschutzaktivitäten des Landkreises in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kreisen
- Kostenlose Schülerbeförderung, auch für Berufsfachschule und berufsvorbereitendes Jahr
- Kurze Wege für kurze Beine: keine Schulschließungen im Landkreis und Unterstützung von Schulkooperationen. Der Schulnetzplan 2022-28 wurde ohne Schulschließungen beschlossen und vom Ministerium bestätigt

- Ausweitung der Schulsozialarbeit auf aktuell 20 Schulen (Beschluss des Jugendhilfeausschusses)

Auf Antrag unserer Fraktion wurden auch Beschlüsse gefasst, deren Inhalte nicht Bestandteil des Wahlprogramms waren:

- Die Entsendung eines Arbeitnehmervertreters in den Kombus-Aufsichtsrat
- Die Wegstreckenentschädigung bei Nutzung des Fahrrades anstelle des PKW

Gekämpft und verloren hatten wir bei Versuchen, folgende Ziele des Wahlprogramms nach umfangreichen Vorberatungen per Kreistagsbeschluss zu erreichen:

- Übertragung von Kreistagssitzungen im Internet – Antrag abgelehnt
- Veröffentlichung der Niederschriften öffentlicher Sitzungen im Bürgerinformationssystem – Antrag abgelehnt

Für die Mehrzahl unserer Wahlprogrammpunkte war es allerdings aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll, sie direkt auf dem Antragsweg zu bearbeiten. Vieles ist nämlich von der Gewähr von Fördermitteln abhängig, bei anderem änderten sich die Bedingungen seit der Verabschiedung des Programms, manches verwirklichte sich sogar ohne unser Zutun. Wir bemühten uns jedenfalls redlich, die Programmziele in Ausschüssen und Kreistagssitzungen und mittels Anfragen zu thematisieren und unsere Standpunkte darzulegen. Zu den Fraktionssitzungen luden wir uns dazu mehrmals Gäste ein, darunter Landrat Marko Wolfram, oder besuchten kreiseigene Unternehmen und Zweckverbände.

Im Folgenden wollen wir den Bearbeitungsstand zu weiteren Programmzielen darstellen:

- Frühzeitige Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Erstellung der jährlichen kommunalen Haushaltspläne: Die Einstellung des Haushaltsentwurfs ins Ratsinfosystem erfolgt zehn Tage vor der Kreistagssitzung. Darüber hinaus sind alle Haushaltsteile für die Vorberatung in den öffentlich tagenden Ausschüssen schon Wochen vorher im Ratsinfosystem enthalten.
- Profilierung und Ausbau der Medizinischen Versorgungszentren der Thüringen-Kliniken: Das MVZ hat sich auf 36 Praxen in nunmehr 8 Städten und Gemeinden unseres und des Saale-Orla-Kreises entwickelt, die Übernahme weiterer Fachpraxen wird angestrebt.
- Vollständige Barrierefreiheit in kommunalen Einrichtungen und ÖPNV: Auf Initiative von Heike Bordes hat die Fraktion in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten des Landkreises Herrn Tschesch die Einrichtung zweier standardgerechter Behindertenparkplätze am MVZ Krankenhaus Rudolstadt bewirkt.
- Einrichtung von rauchfreien Bushaltestellen in Schulnähe: Bushaltestellen sind unabhängig von der Kategorie der Straßen Angelegenheit der Städte und Gemeinden, die Fraktion hat darüber die Fraktionen des Städtedreiecks und Bürgermeister Frank Dietzel informiert.
- Stärkung regionaler und nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe und des Fairen Handels: Dieses Thema gehört zum Aufgabenprofil der Wirtschaftsförderagentur (Wifag) des Landkreises, die im Kreistag jährlich berichtet.
- Breitbandanschluss an das Internet für alle Unternehmen, Schulen und Haushalte – sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum: Dieses Vorhaben ist in Arbeit, im Ergebnis werden 95 % des Landkreises und alle Schulen ans Glasfasernetz angeschlossen sein.
- Einrichtung dauerhafter gemeinwohlorientierter Arbeit (ÖBS): Dazu beriet sich die Fraktion mit dem Geschäftsführer des Jobcenter Herrn Kremlitschka. Das Landesprogramm ÖGB (Soziale Teilhabe und Gemeinwohlarbeit) bewertet Herr Kremlitschka kritisch. Es ist zu klein dimensioniert, das Antrags- und Genehmigungsverfahren ist überbürokratisiert. Bezogen auf den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ist das Programm nicht effektiv. Die Informationen haben wir der Landtagsfraktion übermittelt.
- Keine Beschäftigung von Leiharbeitern und Mitarbeitern unter Tarif in der Kreisverwaltung und in kommunalen Unternehmen – ist für die Kreisverwaltung gegeben. Für die Thüringen-Kliniken (TK) und das Theater Rudolstadt gelten Haustarife. In der TK Servicegesellschaft gilt der für den Bereich der Gebäudereinigung allgemeinverbindliche Tarifvertrag und im Theater Rudolstadt wurde mit einem neuem Vertrag zwischen Land und dem Theaterzweckverband (Zuschusserhöhung) der Abstand der Gehälter zu den Tarifgehältern gesenkt.
- Anpassung des regionalen Busverkehrs an die überregionalen Zugverbindungen der Bahnhöfe des Städtedreiecks und Rottenbachs in die Richtungen Erfurt, Jena, Leipzig und
- Enger getakteter Busverkehr zur Erreichbarkeit der ländlichen Gemeinden und regionaler Sehenswürdigkeiten: Es ist vorgesehen, ab 2028 in Thüringen den Bus-ÖPNV, abgestimmt mit der Bahn, auf der Grundlage des „integrierten Taktfahrplanes“ durchzuführen. Integrierter Taktfahrplan heißt: Alle zentralen Orte mit Aufgaben der Daseinsfürsorge sollen verbunden und im Stundentakt in akzeptabler Zeit erreichbar sein. Wo dies nicht gegeben ist, soll ein Bestellsystem zum Tragen kommen, in welches Kleinbusse und Taxiunternehmen eingebunden sind.
- Ausbau des Radwegenetzes in den Städten und im ländlichen Raum: Der Fraktionsvorsitzende ist Mitglied der kreislichen Arbeitsgruppe Radverkehr und hatte den beschlossenen Beitritt des Landkreises in die AG Fahrradfreundliche Kommunen mit auf den Weg gebracht.
- Förderung von E-Bike-Ladestationen in Stadtzentren und an touristischen Ausflugszielen: Erfolgt mittels Förderung aus dem LEADER-Programm in den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla an 16 Standorten mit 65 Ladesäulen.
- Unterstützung des Thüringer Verbundes der Schwarzburger Museen: Das Sonderinvestitionsprogramm von je 100 Mio. € von Bund und Land für die Stiftung Schlösser und Gärten in Thüringen ist beschlossen, davon sind 21,7 Mio. für die Heidecksburg und 6 Mio. für Schloss Schwarzburg vorgesehen.
- Sanfter Tourismus am Thüringer Meer – ausschließlich emissionsfreie Motorboote bis 2030: Das Ziel der Verbannung von Verbrennungsmotoren von den Stauseen ist in die aktuelle Stauseeordnung aufgenommen.
- Insektenschutz, u.a. durch weitgehenden Verzicht auf Einsatz von Glyphosat: keine Verwendung im Verantwortungsbereich des Landkreises, so die Antwort des Landratsamtes auf eine diesbezügliche Anfrage
- Erhaltung aller Standorte der Volkshochschulen und Musikschulen und Verbesserung der räumlichen Bedingungen der Musikschule Saalfeld: Baumaßnahmen gemäß Finanzplan ab 2024; es liegt eine Fördermittel-Bewilligung von ca. je 86 T€ für beide Standorte für bauliche Maßnahmen und WLAN vor
- Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle zur Unterstützung von Kultur- und Heimatvereinen: Das hauptamtliche Personal im Kulturamt gewährleistet die Fördermittelbeschaffung, der Kreistag orientiert auf die Gewinnung eines ehrenamtlichen Heimatpflegers mit höherer Entschädigung als bisher.
- Bewahrung und Pflege der Gedenkstätte Laura: Ist durch Landesfördermittel dauerhaft gesichert, Fraktionsmitglieder nehmen immer an Gedenkveranstaltungen teil.
- Wiedereinführung des Essengeldzuschusses für Schülerinnen und Schüler: Für den größten Teil Bedürftiger wird das Essengeld über das Teilhabepaket bezuschusst.
- Fortsetzung der Vereinsförderung durch den Landkreis und die Sparkasse mindestens in bisheriger Höhe: Ist im Haushalt und durch Sparkasse gesichert; auf Initiative unserer Fraktion wurde der Förderverein Kulturpalast mit 5 T€ für das Industriedenkmal Gasmaschinenzentrale unterstützt
- Sport: Auf Initiative des Vorsitzenden des Unterausschusses Sport Frank Persike wurden die Mittel der Haushaltsstelle „Anschaffung langlebiger Sport- und Spielgeräte“ zur Unterstützung der Sportvereine um 10 T€ erhöht.

Vielleicht ist es aufgefallen, dass wir uns zu

- Einsatz vorzugsweise erneuerbarer Energien beim Bau und der Sanierung von Gebäuden des Landkreises und dessen Gesellschaften und
- Förderung der dezentralen regenerativen Energieerzeugung

nicht geäußert haben. Aus gutem Grund: Das Thema Energie ist für eine Kurzdarstellung ungeeignet.

Im restlichen Zeitraum der Wahlperiode wollen wir nicht untätig sein – wir werden berichten.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

UMGANG MIT WASSER AUF DEN PRÜFSTAND!

Wasser ist ein Menschenrecht und gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge.

Vor 10 Jahren forderten fast zwei Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger mit der europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist ein Menschenrecht“ (Right2Water) sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht auf Wasser und eine sanitäre Grundversorgung wahrnehmen können, Wasserdienstleistungen von der Privatisierung ausgeschlossen werden und sich die Mitgliedsstaaten stärker für einen universellen Zugang zu Wasser und einer sanitären Grundversorgung einsetzen.

Die Bürgerinitiative führte zu einer Novelle der europäischen Trinkwasserrichtlinie. Die wichtigsten Inhalte:

- Verschärfung der Wasserqualitätsstandards,
- Bekämpfung neu auftretender Schadstoffe wie endokriner Disruptoren und per- und polyfluorierter Alkylverbindungen (PFAS) sowie Mikroplastik,
- ein präventiver Ansatz zur Verringerung der Verschmutzung an der Quelle des Wassers,
- Maßnahmen zur Gewährleistung eines besseren Zugangs zu Wasser, insbesondere für schutzbedürftige und marginalisierte Gruppen,
- Maßnahmen zur Förderung des Leitungswassers, auch im öffentlichen Raum und in der Gastronomie und
- Harmonisierung der Qualitätsstandards für Materialien und Produkte, die mit Wasser in Berührung kommen.

Da Deutschland die Richtlinie weitestgehend ignorierte, leitete die EU-Kommission am 27. März 2023 ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Laut EU-Kommission hat das Wasser in der EU die höchste Qualität in der Welt. Allerdings ist es weiterhin mit Schadstoffen belastet, darunter sticht die Nitratbelastung hervor, die auf die übermäßige Verwendung von Düngemitteln in der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Zwar wurde das Vertragsverletzungsverfahren eingestellt, allerdings bleiben begründete Zweifel, ob die am 1. Januar 2024 in Kraft tretenden Änderungen des Düngegesetzes ausreichen werden, um die Nitratbelastung in ausreichendem Maße zu vermindern.

Die Qualität des Wassers wird auch durch Rückstände von Medikamenten, Belastungen durch Schwermetalle und per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) verschlechtert. Verschiedene PFAS stehen seit langem in Verdacht, Krebs zu verursachen, unfruchtbar zu machen, zur Fettleibigkeit und zu Immunschwächen bei Kindern beizutragen.

Auch Legionellen- und Bleibelastungen im Trinkwasser sind eine Gefahr für die menschliche Gesundheit. Vor diesem Hintergrund war die Verschärfung der Regelungen durch die Trinkwasserverordnung zum April 2023 überfällig, aber ebenfalls nicht ausreichend.

Der Transport von Spuren von Antibiotika im Abwasser leistet einen Beitrag zur Ausbreitung von Antibiotika-Resistenzen. Die Bundesregierung hat im April 2022 im Bundeskabinett die deutsche Antibiotika-Resistenzstrategie „DART 2020“ verabschiedet, die Vorsorgemaßnahmen für diesen Bereich vorsieht.

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) fordert ein nationales Aktionsprogramm „Reduktion Süßgetränke“, die kostenlose Bereitstellung von Leitungswasser im öffentlichen Raum, eine ambitionierte Förderung von Leitungswasserangeboten in Gastronomie und Einzelhandel. Wasser oder andere nicht kalorische Varianten sollen als Standardoption bei Kindermenüs angeboten werden und die Steigerung der Attraktivität des Konsums von Leitungswasser durch eine breit angelegte Informationskampagne erfolgen. Der Verbrauch von Mineralwasser betrug im Jahr 2022 pro Kopf 129,5 Liter. In Deutschland werden jährlich insgesamt über 13 Milliarden Liter in Flaschen abgefüllt. Der WBAE bezeichnet es als „water paradox“, dass Flaschenwasser im Vergleich zu Leitungswasser erheblich teurer und schwerer zu beschaffen ist, während Leitungswasser hochwertig ist und einer strengen Kontrolle unterliegt. Entscheidend seien nach Auffassung der WBAE die Werbekampagnen der Unternehmen.

Grundsätzlich ist Deutschland trotz der Dürre der vergangenen Jahre im Vergleich noch ein wasserreiches Land – die potentiell nutzbare Wassermenge wird im langjährigen Mittel auf 188 Milliarden Kubikmeter pro Jahr geschätzt, davon etwa ein Viertel Grundwasser (49 Milliarden Kubikmeter, das entspricht in etwa dem Wasservolumen des Bodensees).

Grundwasser ist nicht nur als Ressource für die Trinkwassergewinnung wichtig, sondern auch in der Landwirtschaft zur Produktion von Lebensmitteln und für die Industrie, zum Beispiel als Prozesswasser. Es speist wichtige Ökosysteme wie z.B. Feuchtgebiete und den Wald und wird zur landwirtschaftlichen Bewässerung genutzt. Grundwasser ist weltweit der meistgenutzte Rohstoff. Im Gegensatz zu anderen Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas und Erzvorkommen ist Grundwasser allerdings eine Ressource, die sich in vielen Fällen wieder erneuert.

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken für die nächste Ausgabe bitte bis 05.09. an: redaktion.anstoss@gmx.de

Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen.
Danke für deine Unterstützung!

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

Impressum

Anstoß

V.i.S.d.P.: Sascha Krüger • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! Redaktionsschluss: **15.08.2023** • Die nächste Ausgabe erscheint im September. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Impressum

Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

Foto: public domain via pixabay.com

Die Erhitzung des Erdklimas führt zu höherer Verdunstung, zu längeren Vegetationszeiten und wahrscheinlich auch zu langanhaltenden Zeiten der Trockenheit mit fehlenden Niederschlägen. All dies bewirkt reduzierte Sickerwasserraten und Grundwasserneubildung. Damit sinkt die Grundwasseroberfläche. So sind zum Beispiel 2018 und 2019 aufgrund der langanhaltenden Trockenheit in einigen Regionen Deutschlands die Grundwasserstände in den oberflächennahen Grundwasserleitern deutlich gefallen. Inzwischen kommt in den besonders betroffenen Regionen die Eigenversorgung mit Trinkwasser immer häufiger teilweise zum Erliegen, Hausbrunnen fielen trocken, bei dezentraler Wasserversorgung wie im Landkreis Sonneberg fehlte Sickerwasser. Mehrmals schon sahen sich Kommunen und Landkreise gezwungen Allgemeinverfügungen mit Einschränkungen der Wasserentnahmen aus oberirdischen Gewässern und der Nutzung des Grundwassers zu erlassen. Rund 70 Prozent des Trinkwassers werden in Deutschland aus Grund- und Quellwasser gewonnen.

Alarmierend ist das Ergebnis einer Datenanalyse des Geoforschungszentrums Potsdam (GFZ). Danach hat Deutschland in den vergangenen 20 Jahren durchschnittlich 760 Millionen Tonnen Wasser pro Jahr verloren. Ursache sind demnach Dürren mit abnehmender Bodenfeuchte, schwindendes Grundwasser, abgeschmolzene Gletscher und gesunkene Wasserspiegel von Seen und Teichen.

Bis heute gibt es keine deutschlandweite Darstellung der Grundwasserstände. Laut Umweltbundesamt konnte das zum Teil deutliche Absinken der Grundwasserspiegel infolge der Trockenjahre 2018-2020 und 2022 durch die Winterniederschläge (bis April 2023) nicht kompensiert werden. Bei den Grundwasserständen kann dauerhaft keine Entwarnung gegeben werden.

Vor diesem Hintergrund ist es fahrlässig, dass die Bundesregierung erst am 15. März 2023 eine Nationale Wasserstrategie (Bundestags-Drs. 20/6110) im Bundeskabinett mit zehn strategischen Themen und einem groben Zeitplan für die Umsetzung beschloss. Etwas detaillierter ist ein erstes Aktionsprogramm der Bundesregierung mit Maßnahmen, das schrittweise bis 2030 umgesetzt werden soll. DIE LINKE wird im Herbst versuchen, mit einer Großen Anfrage herauszufinden, ob die Bundesregierung auf die sich abzeichnenden Krisen und den notwendigen Anpassungsbedarf im Wasserbereich angemessen und schnell genug reagiert, um unsere Gesellschaft vor existenziellen Krisen zu bewahren, in denen nicht ausreichend Wasser in guter Qualität zur Verfügung steht.

Die Linksfraktion fordert darüber hinaus seit Jahren, dass die Wasserwirtschaft in Deutschland komplett rekommunalisiert wird. Wir sehen in anderen Staaten, wie durch Privatisierung Wasserqualität sinkt und die Wasserpreise explodieren. Wasserprivatisierung ist Mitursache steigender Armut und wachsender Konflikte. In Deutschland versuchen Konzerne wie Veolia, RWE, E.ON, die Privatisierung voranzutreiben.

Wir fordern außerdem, dass der Bund Wassermanagement nach Gewässereinzugsgebieten und in Grundwasserkörpern koordiniert. Bei der Ansiedlung von Tesla im trockenen Brandenburg hätte selbstverständlich die Wasserverfügbarkeit geprüft werden müssen. Stattdessen wird Wasser dort nun für Haushalte rationiert, nicht nur in trockenen Jahren.

Teure, ineffiziente Kleinwasserkraft muss auslaufen und Wehre müssen rückgebaut werden, für natürliche Flüsse und auch für die Wanderfische. Hochwasserwellen und Dürregebiete machen an Grenzen nicht halt. Wassermanagement muss nach Flusseinzugsgebieten und darf nicht nach Kommunen- und Ländergrenzen organisiert werden.

Waldumbau, Flächenentsiegelung, Renaturierung von Feuchtgebieten und auch Melioration sind Klimaschutz, Klimaanpassung, Hochwasserschutz und Dürrevorsorge. Herausforderungen gemeinsam zu lösen, Konzerne in Verantwortung zu nehmen und soziale Gerechtigkeit zu sichern, das ist linke Umweltpolitik.

Wir wollen Totalschutzzonen in Nord- und Ostsee und auch, dass die Küstenfischer als Meeres-Ranger ein gesichertes Einkommen erhalten. Wassernutzung muss bundesweit an geringere Niederschläge angepasst werden.

Und nicht zuletzt: Denkt man soziale Gerechtigkeit, Umwelt-, Wasser- und Klimaschutz zusammen, wäre eine Vermögensteuer echter Klimaschutz. Das reichste 1 Prozent der Menschheit verursacht nämlich 20 Prozent der Klimaschäden.

Wasser ist Menschenrecht, Wasserversorgung ist Daseinsvorsorge, Daseinsvorsorge muss der Profitlogik entzogen sein, muss allen gehören.

Ralph Lenkert
Sprecher für Umwelt- und Klimapolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Termine

Fr 01. Sep 2023 • 00.00 Uhr
• meteorologischer Herbstanfang

Sa 02. Sep 2023 • 11.00 Uhr
Kreisgeschäftsstelle im Haskala
• Wahlkampfauftakt und Sommerfest (siehe Seite 3)

Mi 13. Sep 2023* • 18.00 Uhr
• Linker Treff hybrid zur Vorbereitung des 9. Landesparteitags

Do 14. Sep 2023 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

Mi 20. Sep 2023 • Kindertag

Sa 23. Sep 2023 • 08.50 Uhr
• astronomischer Herbstanfang

Sa 23. und So 24. Sep 2023
Messehalle Erfurt
• 1. Tagung des 9. Landesparteitags

Mi 27. Sep 2023 • 18.30 Uhr
BO-Mitglieder-Treffen Stadt Saalfeld

Mi 11. Oktober 2023* • 18.00 Uhr
• Linker Treff hybrid

Do 12. Okt 2023 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

*Im September und Oktober findet der Linke Treff hybrid bereits eine Woche zeitiger statt.

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags
werden im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Mi 13. Sep 2023 • 14.00-21.00 Uhr
Do 14. Sep 2023 • 09.00-20.00 Uhr
Fr 15. Sep 2023 • 09.00-20.00 Uhr

Treff am Donnerstag

Bei den Donnerstagstreffs im Juli und August wurde heiß diskutiert – über die Aufgaben der Linken und der LINKEN, über Klimawandel, Kipppunkte und Flüchtlinge, über Krieg und Frieden.

Der nächste Treff findet am 14. September, der folgende am 12. Oktober statt – wie immer um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld. Beim Oktober-Treff wird dann sicher der 9. Landesparteitag, der Ende September in Erfurt stattfinden wird, eine zentrale Rolle spielen.

Natürlich gibt es bei unseren Treffs wieder fair gehandelten Kaffee und Tee, Limonade und Cola. Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel sind im Laden ebenfalls zu finden.

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im ['solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

Do 14. September ab 15 Uhr

Weltladen Saalfeld
Knochstraße 1
Saalfeld

Friedrich Arnold Brockhaus
Gemälde eines unbekannten Malers nach einer Zeichnung von Carl Vogel von Vogelstein.
• gemeinfrei

20. AUGUST 1823
FRIEDRICH ARNOLD BROCKHAUS

Friedrich Arnold Brockhaus wird am 04.05.1772 als Sohn eines Kaufmanns und Ratsherrn in Dortmund geboren. Mit 16 beendet er den Besuch des Dortmunder Gymnasiums auf Wunsch seines Vaters vorzeitig und beginnt eine kaufmännische Lehre. Seit frühester Jugend sehr lesebegeistert, bringt er wenig Interesse fürs väterliche Unternehmen auf.

1793 bricht Brockhaus nach einem Streit mit seinem Prinzipal die Lehre in Düsseldorf ab, kehrt nach Dortmund zurück und beginnt im selben Jahr einen Studienaufenthalt in Leipzig, wo er ohne Universitätsreife als Gasthörer Vorlesungen in Philosophie, Mathematik, Physik und Chemie besucht.

Nebenbei lernt er in dieser Zeit das buchhändlerische und literarische Leben der Messestadt kennen.

1796 gründet er gemeinsam mit zwei Geschäftspartnern ein Handelsunternehmen. Es folgen weitere – nicht immer erfolgreiche – unternehmerische Tätigkeiten.

Am 05. Oktober 1805 gründet Brockhaus eine Amsterdamer Buchhandlung auf den Namen eines Amsterdamer Buchdruckers, der dafür eine Entschädigung erhält. Ihm als Ausländer ist der Eintritt in die Amsterdamer Büchergilde verwehrt. Das Gründungsdatum der Buchhandlung gilt heute als das des Verlagshauses F. A. Brockhaus.

Brockhaus gibt mehrere Zeitungen und literarische Werke heraus.

Beim Besuch der Leipziger Buchhändlermesse erwirbt er am 25. Oktober 1808 die Rechte an dem noch unvollendeten "Conversationslexikon mit vorzüglicher Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeiten".

Brockhaus vollendet das Werk und gibt es 1809 unter dem Titel "Conversations-Lexikon oder kurzgefaßtes Handwörterbuch für die in der gesellschaftlichen Unterhaltung aus den Wissenschaften und Künsten vorkommenden Gegenstände mit beständiger Rücksicht auf die Ereignisse der älteren und neueren Zeit" . Ständig erweitert und verbessert ist es die Grundlage der Brockhaus Enzyklopädie.

Im Mai 1810 siedelt Brockhaus aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland um, kurzzeitig nach Leipzig, dann nach Altenburg.

Er verlegt neben seiner Enzyklopädie politisch-zeitkritische und literaturkritische Journale, gerät auch mehrmals mit der Zensur in Konflikt. In eigenen Beiträgen berichtet er von der Völkerschlacht bei Leipzig und tritt als kritischer Kommentator der politischen Zeitumstände auf.

Seit der Ostermesse 1817 hält sich Brockhaus dauerhaft in Leipzig auf, erhält am 21. Januar 1818 das Leipziger Bürgerrecht und zieht im April mit seiner Familie in eine Wohnung am Leipziger Markt. Er eröffnet eine eigene Druckerei und verlegt Werke zur Zeitgeschichte, zu Politik und Geschichte sowie biografische Porträts, 1821 auch die damals heftig umstrittenen Memoiren des venezianischen Abenteurers Giacomo Casanova.

Am 20. August 1823 stirbt Friedrich Arnold Brockhaus in Leipzig.

Zwei seiner Söhne führen den Verlag weiter.

„Ich war ein aufgeweckter Knabe mit einem brennenden Durst nach Kenntnissen aller Art und einer wahren Bücherwuth. Ich musste für den Vater in den Bücherauktionen Folianten und Quartanten erstehen, die er in seinem Laden als Maculatur gebrauchte. Hier kam nun auch Voltaire's ‚Leben von Karl XII.' unter den Hammer. Niemand bot etwas. Ich hatte das größte Gelüste nach dem Buch und wagte es, zwei Groschen zu bieten, und siehe da, ich erhielt es und war der glückliche Besitzer! Aber der Vater, ein strenger Mann, vermerkte es übel, wie ihm überhaupt mein vieles Lesen in den Tod zuwider war."

www.die-linke-sa-ru.de

spen | den :

Politik darf nicht käuflich sein!

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die keine Spenden aus der Wirtschaft und von Unternehmen annimmt.

Der Anstoß ist auf Eure Unterstützung angewiesen!

IBAN:
DE67 8305 0303 0000 4500 22
DIE LINKE Saalfeld-Rudolstadt
Zweck: Anstoß

Zitat des Monats:

Ist das Geschichte, oder kann das weg?

Schlagzeile eines Artikels in der Süddeutschen Zeitung (Onlineausgabe vom 26. Juli 2023) über das denkmalgeschützte, aber von Abriss bedrohte Generalshotel der DDR am Flughafen BER. Dort sollen künftig Flugzeuge der Bundesregierung parken.

JUGEND- UND WAHLKREISBÜRO "HASKALA"
KATHARINA KÖNIG-PREUSS (MDL)
SAALSTRASSE 38 • 07318 SAALFELD
TEL.: 03671 - 515489 • FAX: 03671 - 515490

www.haskala.de • info@haskala.de

השכלה HASKALA

Mo 14 - 18
Di 10 - 15
Do 13 - 18
Fr 10 - 15

Lavendel.

DIE LINKE. Bad Blankenburg
Kirchplatz 1 • 07422 Bad Blankenburg